

Wahlkampf 2025: Sechs Parteien fordern Fairness trotz hitziger Debatten!

Bundestagswahl 2025: Parteien starten mit Klausurtagungen und Fairness-Abkommen in Halle (Saale) für respektvollen Wahlkampf.



Halle, Deutschland - Die politische Landschaft Deutschlands bereitet sich auf die bevorstehende Bundestagswahl vor, die am 23. Februar 2025 stattfinden soll. Wie **RND berichtete**, beginnt das politische Jahr mit verschiedenen Klausurtagungen, Großveranstaltungen und Parteitagen der einzelnen Parteien. Die SPD unter Kanzler Olaf Scholz hebt in ihrem Wahlkampf das Thema Wirtschaftswachstum hervor und plant Maßnahmen wie einen Mindestlohn und Prämien für investierende Unternehmen.

Zur Stärkung ihrer Position hat die SPD Betriebsräte von großen Unternehmen wie Thyssen und Bosch zur Klausur eingeladen, während sie in Umfragen hinter der CDU liegt. Im Vorfeld wurden jedoch auch politische Kontroversen laut: CDU-

Abgeordneter Roderich Kiesewetter äußerte den Vorwurf, dass Scholz eine Reise nach Moskau plane, was dieser als „Falschbehauptung“ zurückwies und juristische Schritte prüft. In der Parteienlandschaft brodelt es auch, da SPD-Generalsekretär Matthias Miersch eine Entschuldigung von Kiesewetter fordert.

Wahlkampf und Fairness-Abkommen

Parallel dazu wird die Diskussion über Fairness im Wahlkampf zwischen CDU und CSU geführt. CSU-Chef Markus Söder hatte im Wahlkampf 2021 seinen Amtsvorgänger Armin Laschet sabotiert. Aktueller CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz erhält Unterstützung von Söder und wird zur Klausur der CSU-Landesgruppe erwartet. Die CDU-Spitze trifft sich ab Freitag zu einer Klausurtagung in Hamburg, während die SPD für Samstag einen Parteitag zur Kür von Scholz als Kanzlerkandidaten ansetzt. Auch die AfD plant einen Parteitag am kommenden Wochenende, hat jedoch bislang nur einen Wahlkampfauftritt am 25. Januar in Halle/Saale angekündigt.

Besonders hervorzuheben ist das neu unterzeichnete „Fairness-Abkommen“ der sechs großen Parteien in Deutschland, das einen respektvollen und sachlichen Wahlkampf ohne Desinformation zum Ziel hat, wie **LTO erklärte**. Während die Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und die AfD nicht Teil des Abkommens sind, verpflichtet sich der Rest dazu, persönliche Angriffe zu vermeiden und stattdessen den Austausch auf Argumente zu stützen. Des Weiteren wird der Einsatz von Desinformation und extremistischen Äußerungen eindringlich missbilligt.

Das Abkommen enthält zudem klare Regeln für den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Wahlkampf, darunter eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierten Inhalt. Der Wahlkampf soll zudem sicher gestaltet werden, indem Vandalismus an Wahlplakaten und diskriminierende Äußerungen eindämmt werden. Wähler werden informiert, woher die Informationen stammen und dass sie wahr sind.

Die politischen Parteien scheinen also gewillt, für einen fairen und respektvollen Wahlkampf zu sorgen, auch wenn die Herausforderungen groß sind. Ein entscheidender Moment wird dafür die mögliche Neuwahl am 23. Februar 2025 darstellen, deren Möglichkeit durch die Vertrauensfrage von Olaf Scholz und deren Verlust entstanden ist.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Wahlen
Ort	Halle, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• nag-news.de• www.rnd.de• www.lto.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at